

Bauwirtschaft: Stabilisierung der Nachfrage auf niedrigem Niveau .....	293
Zahlungsbilanzkrise und Wachstumsabschwächung .....	300

## DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

# WOCHENBERICHT 23 / 82

Berlin

10. Juni 1982

49. Jahrgang



### Bauwirtschaft: Stabilisierung der Nachfrage auf niedrigem Niveau

*Bereits seit Mitte 1980 geht die Bautätigkeit in der Bundesrepublik Deutschland saisonbereinigt zurück. Im vierten Quartal 1981 verstärkte sich der konjunkturelle Abschwung. Die abwärtsgerichtete Entwicklung hielt im ersten Quartal 1982 an.*

*Bei der laufenden Nachfrageentwicklung deutet sich indes eine Stabilisierung auf niedrigem Niveau an. Für die kommenden Monate ist mit einer allmählichen Zunahme zu rechnen, die sich jedoch erst 1983 auf die Bautätigkeit auswirken wird. 1982 dürfte das reale Bauvolumen um 6 bis 7 vH gegenüber dem Vorjahr abnehmen. 1983 kann eine – wenn auch geringe – Zunahme des Bauvolumens von 1 bis 2 vH erwartet werden. Dabei werden die Beschäftigtenzahlen 1983 weiter zurückgehen.*

#### Nachfrage und Produktion

Dem seit über zwei Jahren anhaltenden Rückgang der Nachfrage folgend, nahm das Bauvolumen bis zuletzt verstärkt ab. Nach ersten Schätzungen dürfte das reale Bauvolumen im ersten Quartal 1982 um 6 bis 7 vH gegenüber dem Vorjahr geschrumpft sein; dieser Rückgang ist stärker als in den Vorquartalen. Die Einschränkung der Bautätigkeit ist noch höher zu veranschlagen, wenn man die vergleichsweise günstigen Witterungsbedingungen berücksichtigt<sup>1</sup>.

Entgegen der Nachfrageentwicklung im letzten Jahr ging die Bautätigkeit im Wohnungsbau deutlicher zurück als im öffentlichen Bau. Der Wirtschaftsbau nahm dagegen vergleichsweise nur wenig ab. Die Produktion entwickelte sich sowohl im Bauhauptgewerbe als auch im Ausbaugewerbe weiter rezessiv<sup>2</sup>. Eine Betrachtung nach Bundesländern<sup>3</sup> zeigt, daß die südlichen Bundesländer von der negativen Entwicklung des Bauvolumens zuletzt stärker betroffen waren als die nördlichen.

#### Wohnungsbau

Die Rezession im Wohnungsbau wurde weitgehend durch die Entwicklung im Einfamilienhausbau verursacht. In den letzten Jahren stiegen die Kosten zum Erwerb eines Einfamilienhauses kräftig an. Zu den Baupreis- und Baulandpreisteigerungen kam der steile Anstieg der Hypothekenzinsen hinzu. Für potentielle Bauherren ergaben sich damit Steigerungen der monatlichen Belastungen<sup>4</sup>, die weit über

<sup>1</sup> Die Ausfalltagewerke in den beiden ersten Monaten dieses Jahres lagen deutlich unter denen des Vorjahres, aber auch unter dem langfristigen Durchschnitt.

<sup>2</sup> Daten der Handwerksberichterstattung für den Ausbaubereich liegen noch nicht vor, jedoch weist die Bauberichterstattung für Januar und Februar einen kräftigen Rückgang der Tätigkeit der Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten aus.

<sup>3</sup> Zur Definition der „nördlichen“ und „südlichen“ Bundesländer vgl.: Zur Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern und Verdichtungszone. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 2/1982, S. 35.

<sup>4</sup> Vgl. hierzu auch: Bauwirtschaft: Rezession setzt sich fort. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41/1981, S. 467.

Entwicklung des Bauvolumens<sup>1)</sup> nach Baubereichen

Jahr	Wohnbauten	Wirtschaftsbau			Öffentliche und Verkehrsbauten				Bauvolumen insgesamt	
		insgesamt	Hochbau	Tiefbau	insgesamt	Hochbau	Straßenbau	Sonstiger Tiefbau		
<u>Bauvolumen zu jeweiligen Preisen in Mill. DM</u>										
1980	I	26 220	14 150	10 700	3 450	13 050	5 250	3 320	4 480	53 420
	II	31 410	16 770	12 390	4 380	17 920	6 110	5 580	6 230	66 100
	III	32 510	17 620	13 050	4 570	18 950	6 590	5 750	6 610	69 080
	IV	30 970	17 290	12 760	4 530	17 420	6 470	4 690	6 260	65 680
	Jahr	121 110	65 830	48 900	16 930	67 340	24 420	19 340	23 580	254 280
1981	I	23 890	13 810	10 400	3 410	11 640	5 050	2 570	4 020	49 340
	II	32 670	17 670	13 100	4 570	18 590	6 710	5 420	6 460	68 930
	III	33 610	18 530	13 760	4 770	19 250	7 110	5 570	6 570	71 390
	IV	31 120	17 780	13 090	4 690	16 870	6 800	4 360	5 710	65 770
	Jahr	121 290	67 790	50 350	17 440	66 350	25 670	17 920	22 760	255 430
<u>Preisentwicklung (1970 = 100)</u>										
1980	I	181,5	164,4	166,1	159,2	169,9	178,4	165,4	164,1	173,8
	II	188,8	170,7	172,6	165,6	176,6	185,5	173,0	171,8	180,6
	III	191,3	172,3	174,2	167,0	178,6	187,4	175,1	173,7	182,6
	IV	192,5	173,3	175,4	167,6	179,0	188,5	174,4	173,5	183,5
	Jahr	188,7	170,4	172,3	165,2	176,4	185,2	172,6	171,2	180,4
1981	I	195,3	175,7	177,8	169,5	181,3	191,3	174,7	174,2	186,1
	II	199,8	179,8	182,3	173,0	183,9	195,4	178,0	178,1	190,0
	III	201,6	180,8	183,5	173,4	184,8	197,0	178,3	178,3	191,2
	IV	202,4	181,9	185,1	173,5	184,7	198,3	175,8	177,1	191,8
	Jahr	200,0	179,8	182,4	172,5	183,9	195,8	177,1	177,2	190,0
<u>Bauvolumen zu Preisen von 1970</u> in Mill. DM										
1980	I	14 444	8 608	6 442	2 167	7 681	2 943	2 007	2 731	30 733
	II	15 641	9 822	7 177	2 644	10 147	3 295	3 226	3 627	36 609
	III	16 995	10 227	7 490	2 737	10 607	3 517	3 284	3 806	37 830
	IV	16 091	9 978	7 275	2 703	9 730	3 432	2 690	3 609	35 798
	Jahr	64 171	38 635	28 384	10 250	38 165	13 186	11 206	13 772	140 970
1981	I	12 235	7 861	5 849	2 012	6 419	2 640	1 471	2 308	26 516
	II	16 354	9 827	7 185	2 642	10 107	3 434	3 045	3 628	36 288
	III	16 669	10 249	7 498	2 751	10 419	3 608	3 125	3 686	37 337
	IV	15 374	9 774	7 071	2 703	9 135	3 430	2 480	3 225	34 282
	Jahr	60 632	37 711	27 603	10 108	36 080	13 112	10 121	12 847	134 423
1982	I <sup>2)</sup>	11 193	7 665	5 571	2 094	5 958	2 632	1 297	2 029	24 816
<u>Zuwachsraten gegenüber dem Vorjahr in vH</u>										
1980	I	16,6	19,0	18,4	20,8	28,1	15,7	39,3	35,8	20,0
	II	- 0,6	3,0	2,9	3,0	- 1,3	- 1,2	- 2,6	- 0,3	0,1
	III	- 0,7	4,8	5,2	3,8	1,8	4,4	- 2,8	3,6	1,5
	IV	- 5,8	- 0,1	0,1	- 0,7	- 6,9	- 0,7	- 13,6	- 7,1	- 4,6
	Jahr	1,3	5,8	5,9	5,5	2,7	3,8	- 0,3	4,3	2,9
1981	I	- 15,3	- 8,7	- 9,2	- 7,1	- 16,4	- 10,3	- 26,7	- 15,5	- 13,7
	II	- 1,7	0,1	0,1	- 0,1	- 0,4	4,2	- 5,6	0,0	- 0,9
	III	- 1,9	0,2	0,1	0,5	- 1,8	2,6	- 4,8	- 3,2	- 1,3
	IV	- 4,5	- 2,0	- 2,8	0,0	- 6,1	- 0,1	- 7,8	- 10,6	- 4,2
	Jahr	- 5,5	- 2,4	- 2,8	- 1,4	- 5,5	- 0,6	- 9,7	- 6,7	- 4,6
1982	I <sup>2)</sup>	- 8,5	- 2,5	- 4,8	+ 4,1	- 7,2	- 0,3	- 11,8	- 12,1	- 6,4

1) Berechnungen des DIW.

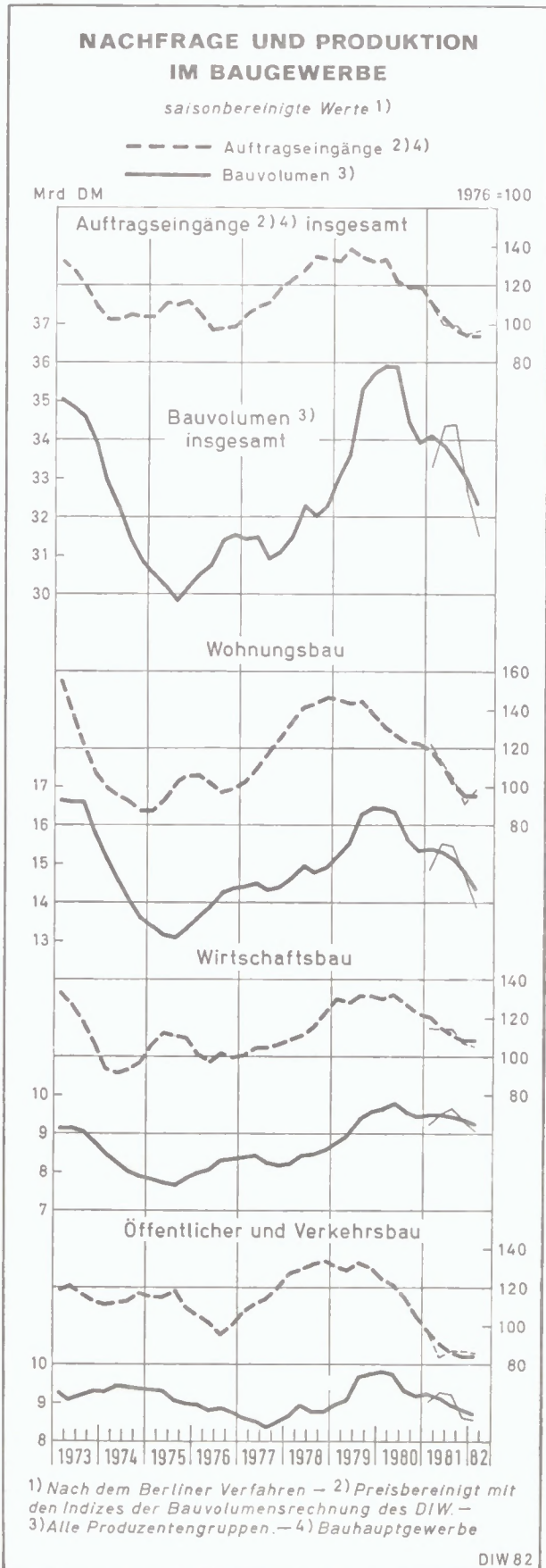
2) Schätzungen des DIW.

den Zuwachsraten der Haushaltseinkommen lagen. Gegenwärtig hat die absolute Belastung ein Niveau erreicht, bei dem nur ein kleiner Kreis von Haushalten als Nachfrager nach Einfamilienhäusern in Betracht kommt.

Dagegen nahm die Nachfrage nach Zweifamilienhäusern bis zur Mitte letzten Jahres weiter zu.

Nach dem Wegfall der Steuervorteile im sogenannten unechten Zweifamilienhausbau schrumpften erwartungsgemäß auch in diesem Bereich die Baugenehmigungen.

Beim Geschoßwohnungsbau, insbesondere bei den Eigentumswohnungen, setzte sich der Aufwärtstrend fort, so daß der Anteil an den gesamten Woh-



nungsbaugenehmigungen (m<sup>3</sup> umbauter Raum) mittlerweile etwa 35 vH beträgt (Februar 1981 25 vH).

Im Wohnungsbau insgesamt sanken die realen Auftragseingänge kräftiger als in allen anderen Baubereichen. Wegen der Reduzierung der gesamten Auftragseingänge und des Abbaus der Auftragsbestände setzte sich die rückläufige Bautätigkeit bis zuletzt fort. Im ersten Quartal 1982 nahm das reale Bauvolumen um 8 bis 9 vH ab. Auch das Ausbaugewerbe ist von dieser Entwicklung stark betroffen.

Für die Einschätzung des Verlaufs und des Niveaus des Wohnungsbauvolumens 1982 und 1983 muß neben der aktuellen Nachfrageentwicklung auch der Zusammenhang zwischen Bauüberhang, Baugenehmigungen und Fertigstellungen berücksichtigt werden. Der Bauüberhang, der sich zusammensetzt aus dem Bestand an im Bau befindlichen und an noch nicht begonnenen Bauvorhaben Anfang des Jahres, hat sich Anfang 1982 gegenüber dem Vorjahr weiter verringert. Da in diesem Jahr insgesamt mit weniger Baugenehmigungen als im vergangenen Jahr zu rechnen ist, dürfte die Zahl der Baubeginne ebenfalls unter der des Vorjahres liegen. Auch bei den Fertigstellungen ist wegen des geringen Überhangs und der geringen Zahl der Genehmigungen mit einem weiteren Rückgang zu rechnen.

Für den weiteren Verlauf des Jahres zeichnet sich indes ein Wandel des Nachfrageklimas ab. Dafür sprechen sowohl die Perspektiven für die Baukosten als auch die Zinsen. Neben den Baupreisen haben sich auch die exorbitanten Preissteigerungen für baureifes Land abgeschwächt.

Die Hypothekenzinsen lagen im April im Durchschnitt um 1,7 Prozentpunkte unter dem Höchststand vom September 1981. Dieser Rückgang ist allerdings geringer als bei der Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere. Offensichtlich ist die Verminderung der Refinanzierungskosten von den Kreditinstituten nicht voll an die privaten Kreditnehmer weitergegeben worden. Für die kommenden Monate ist mit einem weiteren Zinsabbau zu rechnen, der allmählich die Nachfrage stimulieren dürfte. Um den Wendepunkt der Entwicklung der Nachfrage eingrenzen zu können, wurden vom DIW Regressions-schätzungen vorgenommen. Der statistische Zusammenhang zwischen Zins und Wohnungsbaunachfrage läßt vermuten, daß die Talsohle der Nachfrage im ersten Halbjahr 1982 durchschritten wird. Es ist damit zu rechnen, daß neben der schon jetzt aufwärtsgerichteten Nachfrage im Geschoßwohnungsbau auch die Nachfrage im Eigenheimbau nach der Jahresmitte 1982 langsam wieder zunimmt.

Neben der nachfragestimulierenden Wirkung der Entwicklung von Baupreisen, Baulandpreisen und

Zinsen beeinflussen auch gesetzliche Regelungen und Beschlüsse im Rahmen der „Operation 1982“ und der „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ die Nachfrageentwicklung. So wurden die Abschreibungshöchstbeträge nach § 7b EStG und die nach § 7 Abs. 5 EStG vorgesehene degressive Abschreibung für Wohngebäude angehoben, die sowohl den Eigenheimbau als auch den Geschosswohnungsbau begünstigen. Daneben wurden eine Fehlbelegungsabgabe, die Anhebung der Zinsen für öffentliche Baudarlehen sowie Vergünstigungen für vorzeitig zurückgezahlte öffentliche Baudarlehen beschlossen. Die Mittel aus Fehlbelegungsabgabe, Zinsanhebung und vorzeitigem Rückzahlungen sollen für den Bau zusätzlicher Sozialwohnungen eingesetzt werden. Außerdem wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1985 die Umsatzsteueroption beim Bauherrenmodell aufgehoben. Dies dürfte zu Vorzieheffekten im Geschosswohnungsbau führen. Im Rahmen der „Gemeinschaftsinitiative für Arbeitsplätze, Wachstum und Stabilität“ wurden weiterhin Änderungen des Mietrechts beschlossen, von denen man sich ebenfalls Investitionsimpulse verspricht. Bauleistungen an bestehenden Gebäuden wurden auch durch das Gesetz zur Mietermodernisierung und durch das verlängerte Heizenergiesparprogramm begünstigt. Ferner soll durch die Höherbesteuerung unbebauter, aber baureifer Grundstücke und durch die steuerliche Begünstigung bei einer Bebauung innerhalb von drei Jahren das Angebot an baureifem Land vergrößert und auf diese Weise den Preissteigerungen für Bauland begegnet werden.

Trotz der zu erwartenden Belebung der Nachfrage in den nächsten Monaten dürfte das reale Wohnungsbauvolumen im Jahre 1982 vorerst weiter zurückgehen und im Jahresdurchschnitt das Vorjahresniveau um 7 vH unterschreiten. Erst für 1983 ist wieder mit einer Zunahme in der Größenordnung von 2 bis 3 vH zu rechnen.

### Wirtschaftsbau

Gemessen an den realen Auftragseingängen im gewerblichen Hoch- und Tiefbau sowie an den realen Baugenehmigungen im gewerblichen Hochbau ist die Nachfrage im Wirtschaftsbau im Jahre 1981 abermals kräftig gesunken. Dabei gingen die Aufträge im Tiefbau stärker zurück als im Hochbau.

In der Bautätigkeit hingegen hat sich dieser Nachfrageabschwung nicht entsprechend niedergeschlagen. Nach den witterungsbedingten Produktionseinbußen Anfang letzten Jahres bildete sich das Bauvolumen im Tiefbau nicht weiter zurück; offenbar konnte der Tiefbau 1981 länger von den sehr hohen Auftragsbeständen<sup>5</sup> zehren als der Hochbau, der im vierten Quartal 1981 erneut Produktionseinbußen zu

verzeichnen hatte. Diese ungleichgewichtige Entwicklung hielt auch im ersten Quartal dieses Jahres an. Während die Bautätigkeit im Hochbau weiter schrumpfte, zeigte der Tiefbau als einziger Baubereich eine deutliche Zunahme des realen Bauvolumens.

Der Rückgang der Nachfrage im Wirtschaftsbau setzte sich in den ersten Monaten dieses Jahres weiter – wenn auch abgeschwächt – fort. Im ersten Quartal nahmen die realen Auftragseingänge um etwa 10 vH ab. Diese Entwicklung wird allein vom gewerblichen Hochbau bestimmt, während der gewerbliche Tiefbau bereits erste Auftriebstendenzen zeigt.

In den nächsten Monaten dürfte sich aber auch im gewerblichen Hochbau das Nachfrageklima allmählich verbessern. Dazu werden sicherlich auch die vielfältigen gesetzlichen Regelungen und wirtschaftspolitischen Beschlüsse zur Belebung der Investitionstätigkeit beitragen:

- Die Bundesregierung hat ein Kreditprogramm zu günstigen Zinsen mit einem Volumen von 6,3 Mrd. DM aufgelegt, das wettbewerbssteigernde Investitionen fördern soll.
- Die Abschreibungssätze für Betriebsgebäude sind von 3,5 auf 5 vH in den ersten acht Jahren angehoben worden.
- Ende November 1981 wurde das Bund-Länder-Programm zum Ausbau der Fernwärme beschlossen.
- Als Kernstück des Beschäftigungsprogramms wurde die zehnpromtente Investitionszulage beschlossen.
- Investitionsimpulse werden auch von der neuen Wärmeschutzverordnung ausgehen. Diese Regelung tritt zwar erst am 1. Januar 1984 in Kraft. Im Gegensatz zur bisher geltenden Verordnung sieht sie aber – neben der Reduzierung von Wärmeverlusten bei neuen Gebäuden – erstmals einen Wärmeschutz bei bestehenden Gebäuden vor, was sich positiv schon vor 1984 auf das Bauvolumen an neuen und bestehenden Gebäuden auch im Wirtschaftsbau auswirken dürfte.

Selbst wenn die Maßnahmen für sich genommen nicht sehr viel bewirken, so tragen sie doch in ihrer Gesamtheit zu einer Stabilisierung der Investitionsbereitschaft bei, die allerdings in erster Linie von Ertrags- und Absatzerwartungen bestimmt wird.

Insgesamt dürfte sich damit die Nachfrage im Wirtschaftsbau im weiteren Verlauf des Jahres bessern. Mit der üblichen Verzögerung wird die Bau-

<sup>5</sup> Auftragsbestände im Bauhauptgewerbe, preisbereinigt.

tätigkeit dieser Entwicklung folgen. Das reale Bauvolumen wird im Jahresdurchschnitt 1982 um 3 vH zurückgehen und erst im kommenden Jahr wieder zunehmen (+ 2 vH).

### Öffentlicher und Verkehrsbau

Wegen der restriktiven Finanzpolitik mußte der öffentliche Bau kräftige Einbußen bei der Nachfrage hinnehmen; in der jetzigen Phase der Baukonjunktur wirkt der Staat somit prozyklisch. Ging die Nachfrage — gemessen an den realen, saisonbereinigten Auftragseingängen — von Ende 1975 bis Anfang 1977 insgesamt um etwa 25 vH zurück, so beträgt die Reduzierung seit 1979 beinahe 40 vH. Der Nachfrage folgend setzte sich der Abbau des realen Bauvolumens bis zuletzt beschleunigt fort. Im ersten Quartal 1982 dürfte das reale Bauvolumen um etwa 7 vH unter dem Vorjahresergebnis gelegen haben; dabei waren die Einbußen im sonstigen öffentlichen Tiefbau etwa so hoch wie im Straßenbau (– 12 vH).

Erstaunlich positiv verlief bisher die Entwicklung im öffentlichen Hochbau. Der seit 1979 anhaltende Nachfragerückgang — im ersten Quartal 1982 lagen die Auftragseingänge um 30 vH unter dem Niveau des zweiten Quartals 1979 — hat sich noch nicht in negativen Wachstumsraten der Bautätigkeit niedergeschlagen, wenn man von dem witterungsbedingten Rückgang Anfang 1981 absieht. Offenbar konnte der öffentliche Hochbau, ähnlich wie der gewerbliche Tiefbau, von den hohen Auftragsbeständen zehren; erst seit Mitte 1981 werden die realen Auftragsbestände abgebaut.

Im ersten Quartal 1982 hat die Nachfrage im Vorjahresvergleich weiter, wenn auch verlangsamt, abgenommen. In saisonbereinigter Betrachtung zeichnet sich für den öffentlichen Bau eine Stabilisierung der Nachfrage auf niedrigem Niveau ab, doch ist — im Gegensatz zum gewerblichen Bau und zum Wohnungsbau — eine Belebung der Nachfrage vorerst noch nicht zu erwarten. Erste Planungen von Bund, Ländern und Gemeinden zeigen, daß die veranschlagten Ausgaben für Baumaßnahmen 1982 beim Bund um 5 vH, bei den Ländern um 1 vH und bei den Gemeinden um etwa 13 vH unter dem Vorjahresergebnis liegen werden. Nach der Gewichtung der Anteile von Bund, Ländern und Gemeinden bedeutet dies einen nominalen Rückgang der gesamten öffentlichen Bauausgaben in Höhe von etwa 9 vH. Für 1983 dürfte die Abnahme 2 bis 3 vH betragen.

Wegen des hohen Anteils der Gemeinden am gesamten öffentlichen Bauvolumen kommt es für die

Entwicklung vor allem auf das kommunale Baupotential an. Da einmal mit rückläufigen staatlichen Zuweisungen und nur wenig zunehmenden Steuereinnahmen der Gemeinden gerechnet werden muß und zum anderen die laufenden Ausgaben, insbesondere für Zinsen, weiter kräftig zunehmen werden, ist mit einem drastischen Einschnitt bei den kommunalen Investitionen zu rechnen.

Unter diesen Umständen ist für 1982 erneut ein kräftiger Rückgang des realen Bauvolumens im öffentlichen und Verkehrsbau in der Größenordnung von 10 vH zu erwarten.

Auch 1983 dürfte sich die öffentliche Bautätigkeit kaum erholen. Eher ist sogar mit einer weiteren, wenn auch geringfügigen Abschwächung zu rechnen (– 1 vH). Dabei wird der öffentliche Hochbau u. a. wegen des Bedarfs an Hochschulbauten, an Neu- und Erweiterungsbauten für berufliche Schulen sowie an Bauleistungen zur Einsparung von Energie vorerst noch auf hohem Niveau bleiben und besser abschneiden als der öffentliche Tiefbau. Während im Tiefbau die zu erwartenden Investitionen der Deutschen Bundesbahn für Neubaustrecken und die Investitionen der Deutschen Bundespost im Kommunikationsbereich positiv zu Buche schlagen werden, wird es der Fernstraßenbau, vor allem aber der Straßenbau in der Baulast der Länder und Gemeinden sein, der sich weiterhin negativ auf die Entwicklung des Bauvolumens auswirken wird<sup>6</sup>.

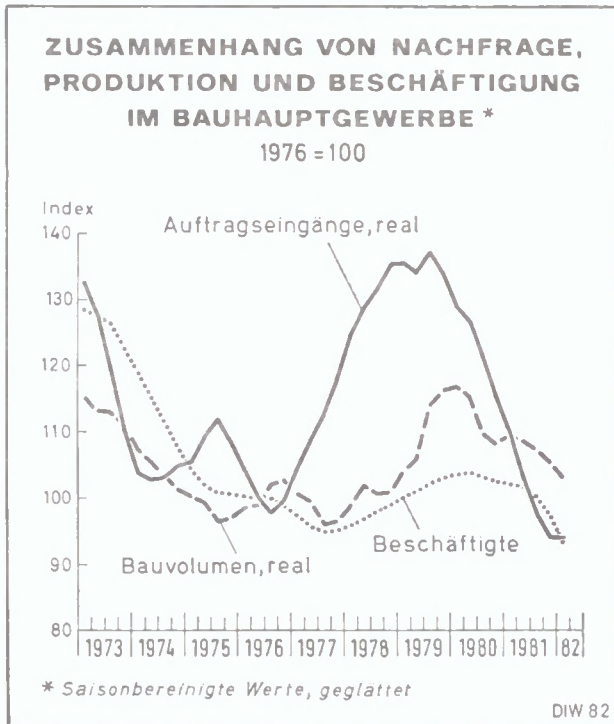
### Konkurse, Arbeitslose und Beschäftigte

Die Entwicklung auf dem Baumarkt hat zu einem weiteren Anstieg der Konkurse im Baugewerbe geführt. Nahmen 1980 nur die beantragten Konkursverfahren im Bauhauptgewerbe zu, so schlug sich 1981 besonders der Einbruch im Ausbaugewerbe in der Statistik nieder. Die Zahl der Konkursverfahren stieg zuletzt im Ausbaugewerbe sogar stärker als im Bauhauptgewerbe.

Auf dem Arbeitsmarkt für Bauberufe hat die rückläufige Entwicklung von Nachfrage und Bautätigkeit zu der vom DIW bereits 1980 prognostizierten Verschärfung geführt<sup>7</sup>. Im März 1982 lag die Zahl der beschäftigten Bauarbeiter mit 1,11 Mill. um etwa 125 000 unter der des Vorjahres. Bei dem Beschäf-

<sup>6</sup> Vgl. hierzu auch: Rückgang des Investitionsvolumens im Verkehr. Bearb.: Heinz Enderlein. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 45/1981, S. 525.

<sup>7</sup> Vgl.: Bauwirtschaft: Beschäftigungsrisiken nehmen zu. Bearb.: Jochen A. Hübener. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 41-42/1980, S. 433 ff.



tigtenabbau (– 10 vH) wurden vor allem Fachwerker (– 19 vH) und Facharbeiter (–9 vH) freigesetzt, während die Zahl der Auszubildenden auf hohem Niveau stagnierte. Auch im Ausbaugewerbe zeigen die letzten verfügbaren Informationen aus der Handwerksberichterstattung einen kräftigen Rückgang der Zahl der Beschäftigten (– 30 000). Die Arbeitslosenzahl betrug im März 171 000. Eine Analyse der Arbeitslosigkeit ergibt, daß vor allem Tiefbauberufe und Bauhilfsarbeiter von der Rezession betroffen sind.

**Entwicklung der Bautätigkeit in den Bundesländern**

Anders als im Vorjahr ist in den letzten Monaten die Bautätigkeit im Bauhauptgewerbe in den südlichen Bundesländern stärker zurückgegangen als in den nördlichen, besonders in Baden-Württemberg und Bayern. Aber auch in einigen nördlichen Ländern war der Rückgang ausgeprägt, z. B. in Hamburg/Schleswig-Holstein und Niedersachsen/Bremen. Das einzige Bundesland, das bereits früher die Talsohle erreicht hat und damit keine nennenswerten Einbußen mehr hinnehmen mußte, ist Nordrhein-Westfalen.

Parallel zur Produktion entwickelte sich die Zahl der Beschäftigten. War 1981 der Beschäftigtenabbau in den nördlichen Bundesländern noch größer als in den südlichen, gehen nunmehr auch hier die Be-

schäftigtenzahlen im gleichen Umfang zurück wie im Norden der Bundesrepublik.

In den ersten Monaten dieses Jahres beschleunigte sich der Nachfragerückgang im Süden deutlicher als im Norden. Während sich die Entwicklung vor allem im Saarland und in Bayern zusehends verschärfte, deuten die Indikatoren in Nordrhein-Westfalen und in Berlin auf eine Abschwächung des Nachfragerückgangs hin. In saisonbereinigter Betrachtung ergibt sich für diese beiden Länder sogar ein Anstieg der Nachfrage. Wegen des hohen Anteils Nordrhein-Westfalens an der Entwicklung der nördlichen Bundesländer dürften für die Bautätigkeit 1982 im Norden nicht so große Einbußen zu verzeichnen sein wie in den südlichen Bundesländern.

**Ausblick**

Für die Entwicklung des Bauvolumens 1982 ist der Nachfragerückgang 1981, aber auch die aktuelle Nachfrage maßgeblich. Im Februar und März gingen die realen Auftragseingänge – im Vorjahresvergleich – zwar noch deutlich zurück (– 10 vH), jedoch nicht mit gleicher Intensität wie in den Monaten zuvor (– 25 vH). Saisonbereinigt zeigt sich ein leichter Anstieg.

Wegen der Verzögerung zwischen Nachfrage und Produktion wird das reale Bauvolumen auch 1982 weiter abnehmen, im Bauhauptgewerbe um 7,5 vH, im Ausbaugewerbe um 5 vH. Nach Baubereichen betrachtet, wird die Abnahme im öffentlichen Bau (– 10 vH) größer als im Wohnungsbau (– 7 vH) und im Wirtschaftsbau (– 3 vH) sein. Die regionale Betrachtung zeigt, daß in diesem Jahr die südlichen Bundesländer wegen der negativen Nachfrageentwicklung in Bayern und im Saarland von der Rezession im Baugewerbe insgesamt stärker getroffen werden als die nördlichen Länder, für die, bedingt durch die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen und Berlin, eine weniger starke Abschwächung zu erwarten ist.

Insgesamt scheint die Talsohle der Nachfrage erreicht zu sein. Die Höhe des Bauvolumens im Jahre 1983 hängt allerdings entscheidend von dem Zeitpunkt des Wiederanstiegs der Nachfrage ab. Mit einer deutlichen Zunahme der Nachfrage ist im zweiten Halbjahr 1982 zu rechnen.

Gegenwärtig könnte vor allem die Finanzpolitik auf eine stärkere Belebung der Nachfrage hinwirken. Die Aussichten auf eine Ausweitung der öffentlichen Investitionshaushalte sind jedoch weiterhin wegen des unverändert bekundeten Willens zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte ungünstig.

**Entwicklung des Bauvolumens nach Produzentengruppen und Baubereichen**

In Mrd. DM zu Preisen von 1970

Zuwachsraten in vH

	1980	1981	1982 <sup>1)</sup>	1983 <sup>1)</sup>	1980	1981	1982 <sup>1)2)</sup>	1983 <sup>1)2)</sup>
<u>nach Produzentengruppen</u>								
Bauhauptgewerbe	75,70	72,11	66,57	67,90	3,7	- 4,7	- 7,5	2
Hochbau	47,45	45,91	.	.	3,8	- 3,2	.	.
Tiefbau	28,25	26,20	.	.	3,6	- 7,3	.	.
Ausbaugewerbe	30,86	29,28	27,82	28,38	0,6	- 5,1	- 5	2
Verarbeitendes Gewerbe	10,28	9,85	31,05	31,14	2,0	- 4,1	- 6	0,5
Architektenleistungen, Gebühren	8,94	8,40			3,6	- 6,1		
Sonstige Bauleistungen	15,19	14,78			3,9	- 2,7		
Bauvolumen insgesamt	140,97	134,42	125,44	127,42	2,9	- 4,6	- 6,5	1,5
<u>nach Baubereichen</u>								
Wohnungsbau	64,17	60,63	56,39	57,80	1,3	- 5,5	- 7	2,5
Wirtschaftsbau	38,63	37,71	36,58	37,31	5,8	- 2,4	- 3	2
Gewerblicher Hochbau	28,38	27,60	.	.	5,9	- 2,8	.	.
Gewerblicher Tiefbau	10,25	10,11	.	.	5,5	- 1,4	.	.
Öffentlicher und Verkehrsbau	38,17	36,08	32,47	32,31	2,7	- 5,5	- 10	- 0,5
Öffentlicher Hochbau	13,19	13,11	.	.	3,8	- 0,6	.	.
Straßenbau	11,21	10,12	.	.	- 0,3	- 9,7	.	.
Sonstiger Tiefbau	13,77	12,85	.	.	4,3	- 6,7	.	.
1) Schätzungen des DIW. 2) gerundete Zahlen.								

Im Wirtschaftsbau sind produktionsstimulierende Effekte allenfalls Ende des Jahres 1982, im Wohnungsbau wohl erst nach der Jahreswende 1982/83 zu erwarten. Für 1983 kann insgesamt mit einem

Wiederanstieg der Bautätigkeit gerechnet werden. Ein Zuwachs in der Größenordnung von 1 bis 2 vH würde allerdings einen weiteren Beschäftigtenabbau nicht verhindern.

## Zahlungsbilanzkrise und Wachstumsabschwächung Zur Wirtschaftslage in Rumänien

Der Wachstumsrückgang der rumänischen Wirtschaft konnte auch im vergangenen Jahr nicht gestoppt werden. Mit 2,1 vH wurde die niedrigste Zuwachsrate für die gesamtwirtschaftliche Güterproduktion (Nationaleinkommen) seit 1956 erzielt. Abermals wurde die Planvorgabe (+ 7 vH) deutlich unterschritten. Dies deutet darauf hin, daß die Planungsinstanzen die realen Produktionsmöglichkeiten überschätzten:

Wachstum des Nationaleinkommens gegenüber dem Vorjahr in vH						
	1977	1978	1979	1980	1981	1982
Plan	11,3	11,3	8,8	8,8	7,0	5,5
Ist	8,6	7,6	6,2	2,5	2,1	.

Auch der Fünfjahrplan 1981 bis 1985 läßt realistische Planziele vermissen. Im wesentlichen wurden die Planstrukturen des vorangegangenen Fünfjahreszeitraums fortgeschrieben. Bereits jetzt ist abzu-sehen, daß auch diesmal die Ziele nicht erreicht werden können. Der Realitätsverlust der Planungen macht diese für Prognosen über die rumänische Wirtschaftsentwicklung unbrauchbar, was angesichts der faktisch bestehenden Zahlungsunfähigkeit dieses Landes gegenüber dem westlichen Ausland und der ohnehin spärlichen Informationen über die wirtschaftliche Entwicklung nicht im Sinne Rumäniens liegen kann.

### Industrieproduktion

Die industrielle Bruttoproduktion zeigte in den letzten vier Jahren deutliche Abschwächungstendenzen. Konnten bis 1977 noch zweistellige Zuwachsraten erreicht werden, so mußte 1981 statt der geplanten Steigerung um 7 vH eine Rate von 2,6 vH hingenommen werden. Dies war das mit Abstand schlechteste Ergebnis in der Nachkriegsgeschichte Rumäniens.

Von der Wachstumsabschwächung waren alle Industriezweige betroffen. Noch immer weisen jedoch — neben der Leichtindustrie — die energieintensiven Branchen (Chemie, Metallurgie) die höchsten Steigerungsraten auf. Dies läßt darauf schließen, daß der aus Zahlungsbilanzgründen dringend notwendige Umstrukturierungsprozeß noch nicht richtig in Gang gekommen ist. Dabei ist bereits seit einigen Jahren deutlich, daß sich der Rohstoff- und Energiebereich zu einem Engpaßfaktor für die rumänische Industrie entwickelt hat: Im vergangenen Jahr haben sich erstmals Importbeschränkungen für Rohstoffe

und Halbwaren negativ auf die Produktionsentwicklung ausgewirkt. Seit einiger Zeit kann aber auch die Inlandserzeugung von Primärenergie nicht plan-gemäß erhöht werden. So wurde im vergangenen Fünfjahrplanzeitraum die Produktion von Wärme und Energie statt wie vorgesehen um 42 vH nur um 26 vH erhöht. Die geplante Steigerung der Kohleproduktion (1981 auf 51 Mill. t) wurde in den letzten Jahren nicht erreicht (1981 Ist: 37 Mill. t); zudem entsprachen die gemeldeten Produktions- und Bestandszahlen zum Teil nicht den tatsächlichen Verhältnissen<sup>1</sup>. Rückläufig entwickelte sich die Erdölproduktion. Sie sollte auf einem Niveau von 15 Mill. t gehalten werden, ging aber in den letzten beiden Jahren auf jeweils rd. 11,5 Mill. t zurück, obwohl für eine Planübererfüllung beträchtliche Prämien ausgesetzt wurden.

Ein Hauptproblem der rumänischen Industrie ist der im internationalen Vergleich zu hohe spezifische Rohstoff- und Energieverbrauch. Nennenswerte Sparerfolge sind in den letzten Jahren nicht erzielt worden. Die Elektrizitätserzeugung ist 1981 doppelt so schnell gestiegen wie die Industrieproduktion, gleichwohl gibt es seit Beginn dieses Jahres Stromabschaltungen<sup>2</sup>.

Künftig werden die Betriebe einem größeren Einsparungsdruck ausgesetzt sein. Bis 1985 soll nämlich der Produktionszuwachs ohne eine nennenswerte Erhöhung des Materialverbrauchs realisiert werden. Die Industrieministerien wurden angewiesen, die Verbrauchsnormen zu überarbeiten und neue Technologien zu entwickeln. Bereits 1983 sollen die ursprünglich für 1985 vorgesehenen Normen erreicht werden, damit in den Jahren 1984/85 auf der Grundlage der neuen Vorgaben geplant werden kann<sup>3</sup>. Offen bleibt indes, wie die Betriebe besser motiviert werden können, Material einzusparen. Skepsis hinsichtlich der Durchsetzung dieses Programms erscheint daher angebracht. Bleiben die Materialrestriktionen bestehen, muß wohl auch künftig mit einem langsamen Wachstum der Industrieproduktion gerechnet werden.

Neben dem Materialverbrauch wirken sich auch das Arbeitskräfteangebot und die unzureichende

<sup>1</sup> Vgl. Nicolae Ceausescu vor dem Plenum des Zentralkomitees der Rumänischen Kommunistischen Partei. In: Neuer Weg vom 3. April 1982.

<sup>2</sup> Vgl. Neuer Weg vom 3. April 1982 und vom 29. Januar 1982. Die Industrie verbraucht in Rumänien knapp zwei Drittel der Elektrizitätsproduktion. Vgl. Statistisches Jahrbuch der SR Rumänien 1981. Bukarest 1981, S. 203.

<sup>3</sup> Vgl. Sitzung des Politischen Exekutivkomitees des ZK der RKP. In: Neuer Weg vom 11. April 1982.

Indikatoren zur Wirtschaftsentwicklung in der SR Rumänien 1971 bis 1985

Durchschnittliche jährliche Veränderungen in vH

	1971 bis 1975	1976 bis 1980	1978	1979	1980	1981	1982	1981 bis 1985
	Ist						Plan	
<u>Produziertes National-</u> <u>einkommen</u>	11,3	7,2	7,6	6,2	2,5	2,1	5,5	7,1
<u>Industrie</u>								
Bruttoproduktion <sup>1)</sup>	12,9	9,5	9,0	8,0	6,5	2,6	4,7	7,6
Arbeitsproduktivität <sup>2)</sup>	6,4	6,7	6,8	5,6	4,5	2,4	4,1	7,0
Beschäftigung	6,4	3,4	2,5	3,9	2,7	.	.	.
<u>Landwirtschaft</u>								
Bruttoproduktion	3) 4,6	3) 4,8	2,6	5,5	-4,3	-0,9	7,0	3) 4,8
darunter:								
Getreide	3) 3,1	3) 5,5	1,9	1,9	4,5	-1,5	20,6	7,2
Zuckerrüben	3) 4,8	3) 5,2	-6,4	4,5	-9,0	-2,8	65,6	17,8
Kartoffeln	3) 3,3	3) 5,5	6,1	2,2	-9,4	-3,0	45,9	10,1
Schlachtvieh	3) 7,1	3) 5,5	4,2	6,5	-3,7	.	.	.
Beschäftigung	-4,6	-4,5	-5,2	-5,2	-3,9	.	.	.
<u>Verkehr (Güterverkehrs-</u> <u>leistung)</u>	9,1	3,7	5,9	3,7	0,3	-1,2	1,1	1,9
<u>Handel (Einzelhandels-</u> <u>umsatz)</u>	8,0	7,9	11,5	5,8	6,4	4,3	4,6	4,8
<u>Außenhandel<sup>4)</sup></u>								
Umsatz	18,4	16,3	11,0	19,1	22,4	1,5	14,0	3) 11,9
davon: Einfuhr	17,7	17,3	16,5	20,1	20,9	-7,4	.	.
Ausfuhr	19,1	15,2	5,5	18,0	29,0	11,3	.	.
<u>Löhne und Gehälter<sup>5)</sup></u>	3,7	5,2	8,3	2,1	2,5	1,0	1,5	2,9
<u>Preisindex der Lebenshaltung</u>	0,5	1,4	1,6	2,0	2,1	3,1	.	1,6
<u>Investitionen</u>	11,5	8,5	16,0	4,1	3,0	-6,7	5,0	3) 5,2
<u>Struktur in vH</u>								
Industrie	50,2	49,2	49,5	51,0	50,9	49,4	52,0	53,5
Landwirtschaft	14,1	13,5	13,9	13,1	13,6	17,3	15,7	12,9

1) Von 1981 an: Warenproduktion. -2) Von 1981 an auf der Basis der Nettoproduktion. -3) Fünfjahresvolumen im Vergleich zum vorangegangenen Fünfjahresvolumen. -4) Nominal. -5) Netto-Reallohne bzw. -gehälter.  
Quellen: Planerfüllungsberichte und Statistisches Jahrbuch der SR Rumänien, Bukarest. Verschiedene Jahrgänge.

Produktivitätsentwicklung als restriktive Faktoren für das Wachstum der Industrieproduktion aus. Rumänien, das sich selbst als „sozialistisches Entwicklungsland“ bezeichnet und diesen Status bis 1985 überwinden möchte, befindet sich gegenwärtig in einer Übergangsphase vom Agrar- zum Agrar-Industriestaat. Erstmals waren 1978 mehr Arbeitskräfte in der Industrie als in der Landwirtschaft beschäftigt.

Das Tempo des Arbeitskräftezuwachses in der Industrie verminderte sich in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahrzehnts: Betrug die Zunahme in der ersten Hälfte noch 37 vH, so war sie zuletzt nur noch halb so hoch. Die rückläufige Bedeutung extensiver Wachstumsfaktoren konnte nicht durch eine entsprechende Verbesserung der Effizienz ausgeglichen werden, obwohl 1978 darauf abzielende Veränderungen im Planungs- und Leitungssystem eingeführt wurden. So sollten die Befugnisse der Be-

triebe bei der Planaufstellung erweitert und das Interesse an hohen Gewinnen und Materialeinsparungen durch Prämienzahlungen<sup>4</sup> gestärkt werden; diesen Zielen diente auch die Einführung der Plan-kennziffer „Nettoproduktion“. Die erwünschten Erfolge sind jedoch ausgeblieben. 1981 dürfte die Arbeitsproduktivität – Bruttoproduktion je Beschäftigten – sogar stagniert haben.

Vor diesem Hintergrund erscheint es als unwahrscheinlich, daß die Industrieproduktion in diesem Jahr den im Plan vorgesehenen Zuwachs von 5 vH erreichen wird. Für diese Einschätzung sprechen der nahezu stagnierende Arbeitskräftezuwachs, die

<sup>4</sup> Hierzu zählen Gewinnbeteiligungsfonds, Prämienfonds für Material- und Energieeinsparungen, Auslandsreisen für Arbeitskräfte der Betriebe, die ihren Exportplan deutlich übererfüllt haben.

zunehmenden Importrestriktionen und die angespannte Versorgungslage.

### Landwirtschaft

Mit einem jährlichen Zuwachs von 5 vH erreichte Rumäniens Landwirtschaft im Zeitraum 1976 bis 1980 — verglichen mit dem Fünfjahrplanzeitraum zuvor — das beste Ergebnis von allen RGW-Staaten. Ein ebenso hohes Wachstum sieht der laufende Fünfjahrplan vor. In den Jahren 1980 und 1981 gab es allerdings spürbare Rückschläge. Bei der Getreideproduktion wurde 1981 das Ziel (24 Mill. t) um 17 vH, bei Zuckerrüben um 40 vH verfehlt.

Damit ist auch die Landwirtschaft zu einem Problemsektor geworden. Statt einen möglichst hohen Exportüberschuß für die Finanzierung der notwendigen Rohstoffimporte zu erwirtschaften, wurde sie insgesamt, d. h. unter Einschluß ihrer Importe an Düngemitteln und Investitionsgütern, zum Nettoimporteur. Auch im Inland wirkten sich die schlechten Ergebnisse aus: Es kam zu spürbaren Versorgungsmängeln; Grundnahrungsmittel mußten z. T. rationiert werden.

Die aufgetretenen Probleme sind primär das Ergebnis des Strukturwandels der Produktion von pflanzlichen zu tierischen Erzeugnissen<sup>5</sup>. Mit rd. 60 kg je Kopf und Jahr ist zwar der Fleischkonsum in Rumänien nach Bulgarien der niedrigste unter den kleineren RGW-Staaten. Er hat sich indes von 1970 bis 1980 verdoppelt.

Dieser Umstrukturierungsprozeß hat zu einem starken Anstieg des Verbrauchs von Futtermitteln geführt. Zu schnell wurde auf die natürlichen Grundlagen (Weidewirtschaft) verzichtet<sup>6</sup>; der Kraftfutterverbrauch ist zudem überhöht, d. h. die Umwandlung von Kohlehydraten zu Eiweiß wird mit einem im internationalen Maßstab zu hohen spezifischen Futtermittelverbrauch betrieben.

Betrachtet man die Einsatzfaktoren der rumänischen Landwirtschaft, so ergibt sich folgendes Bild (Anteil der Landwirtschaft 1980 in vH): Beschäftigte 29 vH, Investitionen 14 vH.

Der Arbeitskräftebesatz je 100 ha ist mit 20 Beschäftigten (1980) nach Polen der höchste im RGW. Allerdings dürfte es auch hier ein Strukturproblem geben, denn infolge des Industrialisierungsprozesses sind vor allem die jüngeren Arbeitskräfte aus der Landwirtschaft abgezogen worden, so daß es an qualifizierten Nachwuchskräften fehlt.

Bei der angestrebten Mechanisierung und Chemisierung besteht noch ein großer Nachholbedarf. Im RGW-Vergleich (ohne UdSSR) liegt Rumänien bei der Traktor-Ausstattung (PS/100 ha) an vorletzter

Stelle, beim Düngemittleinsatz nimmt es die letzte Position ein<sup>7</sup>.

Wenn die Hektarerträge trotz des hohen Arbeitskräfteeinsatzes und der nicht unbeträchtlichen Investitionen zu den niedrigsten im RGW zählen, so sind hierfür in erster Linie organisatorische Mängel verantwortlich. Diese werden durch ein unzureichendes Anreizsystem, d. h. zu geringe Einkünfte in Abhängigkeit vom erzielten Arbeitsergebnis, hervorgerufen.

Im Herbst vergangenen Jahres hat Staats- und Parteichef Ceausescu die Landwirtschaft scharf kritisiert: Er widersprach der weit verbreiteten Neigung der Verantwortlichen, die schlechten Ernteergebnisse auf die Witterung zurückzuführen und wies darauf hin, daß allein durch mangelhafte Ernteorganisation und unsachgemäße Einlagerung 10 bis 15 vH der Ernte verloren gingen. Bei Getreide liege dieser Anteil bei 20 vH, bei Gemüse sogar bei 20 bis 30 vH. Darüber hinaus seien die Mißerfolge in den anhaltenden Mängeln bei der Ernteeinbringung, der Fruchtwechselfolge und bei Verzögerungen in der Aussaat zu suchen<sup>8</sup>.

Seit Dezember vergangenen Jahres bemüht man sich, die Mängel durch eine Vielzahl von Programmen, Dekreten und Gesetzen zu beseitigen. Zu den wichtigsten Maßnahmen zählen:

- Erhöhung der Aufkaufpreise für tierische und pflanzliche Produkte. Für Pflanzenprodukte ist ein Prämiensystem geschaffen worden, das die Preiserhöhungen in Abhängigkeit der je Hektar verkauften Mengen staffelt.
- Produktionsabhängige Einkommenserhöhungen für Genossenschaftsbauern um bis zu 25 vH.
- Engere Bindung der rechtlich selbständigen Maschinen- und Traktorenstationen an die Genossenschaften und Staatsgüter.

<sup>5</sup> Gemessen an den kleineren RGW-Staaten (europäische RGW-Staaten ohne UdSSR) produziert Rumänien je Einwohner rd. 25 vH mehr Getreide als die Region insgesamt. Bei der Fleischproduktion liegt das Ergebnis um 25 vH unter dem Durchschnitt.

<sup>6</sup> Auf der ZK-Sitzung im Januar dieses Jahres kritisierte Ceausescu den überhöhten Futtermittelverbrauch: „Man kann sagen, daß in diesem Bereich anarchisch gearbeitet wurde, es wurde viel verbraucht, es kam zu Vergeudungen. Die Leitung des Ministeriums hat die Vergeudung und die Unordnung bei der Fütterung der Tiere geduldet und sogar ermutigt . . . Das Ministerium für Landwirtschaft hat das Weideland . . . sowie den Verbrauch von Rohfutter vernachlässigt, indem es den Standpunkt vertrat, daß man Viehzucht nur mit Kraftfutter betreiben kann. Ich möchte die Aufmerksamkeit darauf lenken, daß (man) . . . ohne jeden Verzug zur Revidierung der Kulturpläne schreiten muß.“ In: Neuer Weg vom 26. Januar 1982.

<sup>7</sup> Vgl. United Nations: Economic Survey of Europe in 1981, New York 1982.

<sup>8</sup> Vgl. Neuer Weg vom 1. September 1981.

- Bildung regionaler Selbstversorgungseinheiten mit der Möglichkeit eines interregionalen Versorgungsausgleichs.
- Maßnahmen zur besseren Verwertung der Futtermittelressourcen.
- Förderung der Privatinitiativen<sup>9</sup>.

Ungewiß ist allerdings, ob tatsächlich ein erhöhter materieller Anreiz zur Produktionssteigerung gegeben ist. Durch die Erhöhung der Abgabepreise soll in erster Linie die Steigerung der Produktionskosten (Energie, Dünger, Maschinen, Löhne) in den letzten Jahren ausgeglichen werden. Außerdem sind die Planziele wiederum sehr hoch festgesetzt worden, so daß einkommenswirksame Überschreitungen für die Genossenschaftsbauern nur schwer erreichbar sind. Zum Beispiel soll die Getreideproduktion in diesem Jahr um 20 vH auf 24 Mill. t und bis 1985 auf 28 Mill. t zunehmen. Damit besteht die Gefahr, daß durch unrealistische Planziele den Genossenschaftsbauern der Anreiz, Produktivitätsverbesserungen durchzusetzen, genommen wird und die Landwirtschaft auch künftig ein Sorgenkind der rumänischen Wirtschaftspolitik bleibt.

### Investitionen

Die Verschlechterung der Terms of Trade hat Rumänien zunächst nicht durch eine Begrenzung der inländischen Nachfrage, sondern durch Kreditaufnahmen im Ausland finanziert. Dieser Kurs kann nicht fortgesetzt werden. Einschränkungen bei Investitionen und Verbrauch gehören somit zu den wichtigsten Erfordernissen in der gegenwärtigen Fünfjahrplanperiode.

Die Investitionen zeigen folgende Entwicklung:

- Im Planjahrfünft 1976 bis 1980 wurden sie im Jahresdurchschnitt um 8,5 vH erhöht. In den letzten beiden Jahren ging der Zuwachs jedoch deutlich zurück; 1980 betrug die Steigerungsrate nur noch 3 vH.
- 1981 verminderte sich das Investitionsvolumen – in Preisen desselben Jahres – sogar um 7 vH; vorgesehen war nur ein Rückgang um 2 vH.
- 1982 sollen die Investitionen genauso schnell wie das Nationaleinkommen (+ 5 vH) steigen.

52 vH der Investitionen sind für die Industrie, 16 vH für die Landwirtschaft vorgesehen; der Anteil der Landwirtschaft betrug bereits im vergangenen Jahr 17 vH. Offensichtlich ist die Wirtschaftsführung nach den enttäuschenden Ergebnissen bereit, einen größeren Beitrag für die Entwicklung dieses Sektors zu leisten. Gegenwärtig spricht allerdings einiges dafür, daß die für 1982 vorgesehene Steigerung der gesamten Investitionen nicht erreicht wird. Im ersten Quartal 1982 lag das Investitionsvolumen

sogar unter dem Niveau des vorangegangenen Jahres.

Mit der im Fünfjahrplan vorgesehenen Reduzierung der Wachstumsrate für Investitionen soll eine verbesserte Investitionsabwicklung einhergehen. Zu viele Projekte wurden gleichzeitig begonnen, die Fertigstellung der Kapazitäten verzögerte sich. Künftig sollen daher nur noch wenige Projekte in Angriff genommen werden; neue Projekte bedürfen gemäß einem 1980 verabschiedeten Gesetz einer zentralen Genehmigung. Damit ist deutlich geworden, daß die rumänische Führung bemüht ist, mittels einer strengen zentralen Steuerung eine höhere Effizienz der eingesetzten Investitionen zu erreichen.

### Einkommen und Verbrauch

Die forcierte Industrialisierungspolitik hat der rumänischen Bevölkerung große Opfer abverlangt. Den gestiegenen Arbeitsleistungen standen vergleichsweise niedrige Einkommensverbesserungen gegenüber. Während das Nationaleinkommen von 1976 bis 1980 um 42 vH zunahm, erhöhten sich die Reallöhne der Arbeiter und Angestellten um 29 vH. Diese Tendenz spiegelt sich auch in dem ständig zurückgehenden Anteil des für Konsumzwecke verwendeten Nationaleinkommens wider:

	Konsumtionsfonds	Akkumulationsfonds
1961 bis 1965	76	24
1966 bis 1970	71	29
1971 bis 1975	66	34
1976 bis 1980	64	36

Quelle: Statistisches Jahrbuch der SR Rumänien 1981.

Diese Entwicklung ist aber bereits umgekehrt worden; 1981 wurde die laut Fünfjahrplan für 1981 bis 1985 vorgesehene Relation von 70 zu 30 erreicht.

Der Fünfjahrplan sieht eine Zunahme der Realeinkommen (Geldeinnahmen abzüglich Preissteigerungen) von 3 vH jährlich vor. Die Entwicklung von 1981 deutet aber darauf hin, daß es schwierig sein dürfte, dieses Ziel zu erreichen. Zwar stiegen 1981 die Nominaleinkommen der Arbeiter und Angestellten um über 4 vH auf durchschnittlich 2 340 Lei, dem standen aber Preiserhöhungen für Waren und Dienstleistungen von 3,1 vH gegenüber. Auch für 1982 ist

<sup>9</sup> Hierzu erklärte Ceausescu: „Überall, wo isoliertes Land brachliegt, soll es privat genutzt werden. Überall, wo es die Bedingungen gestatten, sollen die Bürger Tiere züchten.“ Neuer Weg vom 1. September 1981. Die Bedeutung des privaten Sektors charakterisieren folgende Daten (1980): Der Anteil der Privatwirtschaft (private Betriebe und private Hofwirtschaft der Genossenschaftsmitglieder) betrug an der Produktion von Fleisch 42 vH, von Milch 57 vH, von Eiern 62 vH, von Getreide 14 vH, von Gemüse 42 vH.

**Versorgung in Rumänien mit langlebigen Konsumgütern**

in Stück je 1 000 Einwohner

	1980	Plan 1985
Rundfunkgeräte	251	300
Fernsehgeräte	210	256
Kühlschränke	156	192
Waschmaschinen	102	155
Personenkraftwagen	29	44
Quelle: Neuer Weg vom 26. Juni 1981.		

nur eine geringe Einkommensverbesserung, nämlich um real 1,5 vH, vorgesehen. Nominal werden die Lohnerhöhungen (einschließlich Ausgleichszahlungen für Preissteigerungen) kräftiger ausfallen. Im Februar dieses Jahres wurden nämlich die Preise für Nahrungsmittel um durchschnittlich 35 vH angehoben<sup>10</sup>. Damit sollen die Subventionen für diese Produkte ersetzt und die Verbrauchsstrukturen besser den tatsächlichen Produktionskosten angepaßt werden. Beabsichtigt ist, der Verschwendung von Grundnahrungsmitteln – wie das kürzlich unter Strafe gestellte Verfüttern von Brot – Einhalt zu gebieten.

Ob die Einkommenssteigerungen jetzt von der Bevölkerung überhaupt noch als Verbesserung des Lebensstandards wahrgenommen werden, erscheint als äußerst zweifelhaft. Treten dann noch Engpässe bei der Lebensmittelversorgung auf, ist ihre Leistungsbereitschaft ernststen Belastungsproben ausgesetzt.

Auf diesen Leistungswillen ist die Partei- und Wirtschaftsführung in den kommenden Jahren aber in besonderem Maße angewiesen, wenn sie für die rumänische Wirtschaft wieder höhere Wachstumsraten erreichen will. Daß ihr dies wie vorgesehen gelingen wird, ist angesichts der Probleme im Bereich der Rohstoffversorgung, der Landwirtschaft und des Außenhandels unwahrscheinlich, zumal die Durchsetzung des technischen Fortschritts wegen der fehlenden materiellen Anreize nur langsam vorankommt. Dieser aber ist mit dem beginnenden Übergang in die intensive Entwicklungsphase zum entscheidenden Wachstumsfaktor geworden. Somit wird sich die Bevölkerung auf längere Zeit auf eine nur geringe Verbesserung des Lebensstandards einstellen müssen.

**Außenwirtschaft**

Mittelfristig hat die Wiederherstellung des Zahlungsbilanzgleichgewichts Priorität für die rumä-

nische Wirtschaftspolitik. Innerhalb von drei Jahren ist die Nettoverschuldung des Landes auf das 2,5-fache des Wertes von 1978 gestiegen. Von der ECE wird die Gesamtverschuldung zum Ende des Jahres 1981 auf knapp 10 Mrd. US-Dollar geschätzt<sup>11</sup>. Seit etwa einem Jahr kann Rumänien die Zahlungstermine nicht mehr einhalten. Das Land ist faktisch zahlungsunfähig, ohne daß dies bisher offiziell erklärt wurde. Aufgrund dieser Situation hat der Internationale Währungsfonds (IWF), dem Rumänien seit 1972 angehört, einen im Juni 1981 zugesagten Beistandskredit in Höhe von 1,1 Mrd. Sonderziehungsrechten zunächst ausgesetzt. Neun westliche Banken führen derzeit mit rumänischen Regierungsvertretern Umschuldungsverhandlungen<sup>12</sup>; die Bundesregierung hat weitere Hermes-Bürgschaften verweigert<sup>13</sup>.

Die Verantwortung für die Zahlungsbilanzkrise ist sicherlich nicht allein der rumänischen Wirtschaftsführung anzulasten. Von der in ihrem Ausmaß kaum zu antizipierenden Rohöl- und Kreditverteuerung wurde Rumänien spürbar getroffen. OPEC-Kartellpolitik und Hochzinspolitik führten zu einer internationalen Einkommensumverteilung, unter der gerade die Entwicklungsländer, zu denen man auch Rumänien zählen muß, am stärksten zu leiden haben. Erschwerend für Rumänien kam hinzu, daß die zweite Ölpreisschwelle mit einem Rückgang der eigenen Ölförderung einherging. Um die auf etwa 30 Mill. t geschätzten Raffineriekapazitäten zu nutzen, wurden die Erdöleinfuhren von 1977 bis 1980 von 8,8 Mill. auf 16 Mill. t gesteigert. Davon entfiel ein zunehmender Teil auf die Deckung des Inlandbedarfs, denn die Ausfuhr von Mineralölprodukten erhöhte sich nur von 6,7 Mill. auf 9,2 Mill. t. Die Zunahme des Handelsbilanzdefizits von 1978 bis 1980 ist zu zwei Dritteln auf den Fehlbetrag in der Mineralölbilanz zurückzuführen.

Nachteilig wirkte sich für Rumänien der politisch motivierte Verzicht auf Rohstoffeinfuhren aus der

<sup>10</sup> Vgl. Neuer Weg vom 11. und 16. Februar 1982.

<sup>11</sup> Vgl. United Nations: Economic Survey of Europe in 1981. New York 1982.

<sup>12</sup> Dabei soll es für 1981 um einen Betrag von 1,2 Mrd. US-Dollar gehen; 1982 werden weitere 1,8 Mrd. US-Dollar fällig. Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 27. Februar 1982.

<sup>13</sup> Vgl. VWD vom 10. März 1982. Auch die amerikanische Regierung zeigt sich – möglicherweise aus politischen Gründen – zurückhaltend: Ein Kreditbegehren in Höhe von 65 Mill. US-Dollar zum Kauf von Mais und Sojabohnen wurde zurückgewiesen und statt dessen die Zahlung von fälligen 6 Mill. US-Dollar gefordert, die die US-Regierung zwei Banken ausgezahlt hatte. Vgl. Neue Zürcher Zeitung vom 24. und 27. Februar 1982.

**Außenhandel Rumäniens nach Ländergruppen**

	1975	1976	1977	1978	1979	1980	Struktur		1980 gegenüber 1975 2)
							1975	1980	
	Mrd. Valuta-Lei 1)						in vH		
AUSFUHR, gesamt	26,6	30,5	34,9	36,8	43,5	53,9	===== 100 =====		15,2
Sozialistische Länder	12,2	14,0	16,8	18,2	19,4	23,5	46,0	43,6	14,0
dar.: RGW	10,3	11,7	14,6	15,4	15,8	19,8	38,6	36,6	14,0
dar.: UdSSR	5,3	5,6	6,7	6,5	7,4	10,1	19,9	18,7	13,8
Westliche Industrieländer	9,3	11,0	10,8	12,4	16,6	20,1	35,0	37,2	16,6
dar.: Bundesrepublik Deutschland	2,2	2,6	2,6	2,9	4,0	4,5	8,2	8,4	15,6
Entwicklungsländer	5,1	5,6	7,3	6,3	7,5	10,4	19,0	19,2	15,5
EINFUHR, gesamt	26,6	30,3	34,9	40,6	48,8	59,0	===== 100 =====		17,3
Sozialistische Länder	11,6	13,8	16,6	17,7	19,9	22,3	43,5	37,8	14,1
dar.: RGW	9,8	12,1	14,6	15,0	16,7	18,3	37,0	31,0	13,3
dar.: UdSSR	4,6	5,3	6,7	6,5	7,2	9,2	17,3	15,6	15,0
Westliche Industrieländer	11,2	11,1	12,9	15,9	17,6	18,5	42,2	31,4	10,6
dar.: Bundesrepublik Deutschland	2,9	2,0	2,7	3,3	4,3	3,8	10,7	6,4	5,8
Entwicklungsländer	3,8	5,5	5,4	7,0	11,3	18,2	14,3	30,8	36,8
							Kumulierter Saldo 1976 bis 1980		
SALDO, gesamt	0,0	+ 0,22	+ 0,01	- 3,80	- 5,32	- 5,12	-14,02		
Sozialistische Länder	+ 0,66	+ 0,23	+ 0,24	+ 0,43	- 0,50	+ 1,15	+ 2,21		
dar.: RGW	+ 0,42	- 0,40	- 0,01	+ 0,35	- 0,88	+ 1,44	+ 0,92		
dar.: UdSSR	+ 0,70	+ 0,25	+ 0,03	- 0,05	+ 0,21	+ 0,84	+ 1,98		
Westliche Industrieländer	- 1,93	- 0,09	- 2,07	- 3,47	- 1,02	+ 1,52	- 7,06		
dar.: Bundesrepublik Deutschland	- 0,66	+ 0,60	- 0,10	- 0,37	- 0,30	+ 0,74	- 0,09		
Entwicklungsländer	+ 1,26	+ 0,08	+ 1,83	- 0,75	- 3,80	- 7,79	- 9,17		

1) Zu jeweiligen Preisen. 100 Valuta-Lei entsprechen 15 Transfer-Rubel bzw. 18 US-Dollar (1980). -2) Jahresdurchschnittl. Zuwachs.  
 Quellen: Statistisches Jahrbuch der SR Rumänien, Bukarest. Verschiedene Jahrgänge.

UdSSR aus<sup>14</sup>. Während die übrigen RGW-Staaten sowjetisches Öl aufgrund der im RGW geltenden Preisbildungsregeln zu Preisen kaufen konnten, die teilweise bis zu 50 vH unter denen des Weltmarktes lagen, wurde Rumänien von den OPEC-Preiserhöhungen voll getroffen. Darüber hinaus wurden den übrigen osteuropäischen Staaten von der UdSSR Verrechnungskredite zur Finanzierung von Rohstoffbezügen aus der UdSSR gewährt<sup>15</sup>. Rumänien hingegen mußte sich in Hartwährungen und zu erheblich höheren Zinsen verschulden.

Nachdem Polen seine Schulden seit 1980 nicht mehr termingemäß bedienen kann, sind die westlichen Banken — sicher nicht zu unrecht — bei der Kreditvergabe vorsichtiger geworden. Konnten die RGW-Staaten bis dahin damit rechnen, daß ihnen zumindest für die Rückzahlung ihrer Schulden neue Kredite gewährt werden, so verlangen die Banken jetzt faktisch einen Abbau des Schuldenstandes<sup>16</sup>. Allerdings hat auch das rumänische Verhalten nicht dazu beigetragen, die Kreditvergabebereitschaft der

westlichen Banken zu stärken. Regierungskredite wurden von Rumänien bevorzugt bedient, Zahlungs-

<sup>14</sup> Seit 1980 bemüht sich Rumänien erfolglos um eine engere Handelsverflechtung mit den RGW-Staaten vor allem auf dem Rohstoffsektor. Hierzu Ceausescu vor dem Gemeinsamen Plenum des ZK der RKP und des Obersten Rates für Ökonomisch-Soziale Entwicklung: „Übrigens möchte ich das Plenum informieren, daß diese Fragen in den RGW-Körperschaften und auf dem Niveau der Premierminister erörtert wurden. Sie haben aber keine entsprechende Lösung gefunden. Rumänien hat sich gleichzeitig direkt an einige RGW-Länder und an einige sozialistische Länder gewandt. Es ist uns aber nicht gelungen, zu entsprechenden Lösungen zu kommen. Wir haben vorgeschlagen, eine Sonderbegegnung auf hoher Parteiebene zu organisieren, um diese Fragen zu erörtern, wir haben aber die Antwort erhalten, daß dies nicht möglich ist, daß die betreffenden Parteien andere Anliegen haben und in diesem Jahr nicht an einer derartigen Begegnung teilnehmen können.“ Neuer Weg vom 27. November 1981.

<sup>15</sup> Von 1975 bis 1981 betrug das kumulierte Handelsbilanzdefizit der kleineren RGW-Staaten gegenüber der UdSSR 8,6 Mrd. TRB, das entspricht rechnerisch einem Wert von rd. 12 Mrd. US-Dollar.

<sup>16</sup> Es entspricht sicher mehr den Möglichkeiten als den eigenen Wünschen, wenn Ceausescu mitteilt, daß das Zentralkomitee beschlossen habe, die Kredite nicht noch mehr anwachsen zu lassen. Vgl. Neuer Weg vom 3. April 1982.

**Mineralölversorgung Rumäniens  
1976 bis 1981**

	1976	1977	1978	1979	1980	1981
	Mill. t					
Inlandsproduktion	14,7	14,7	13,7	12,3	11,5	11,6
Importe	8,5	8,8	12,9	14,3	16,0	12,9
Exporte	7,8	6,7	7,6	7,4	9,2	7,0 <sup>1)</sup>
Inlandsverbrauch	15,4	16,8	19,0	19,2	18,3	17,5 <sup>1)</sup>
	in Mrd. US-Dollar					
Importe	0,72	0,82	1,23	2,05	3,82	3,10
Exporte	0,74	0,72	0,90	1,86	2,21	1,77
Saldo	0,02	-0,10	-0,33	-0,19	-1,61	-1,33

1) Schätzung.

Quellen: Statistisches Jahrbuch der SR Rumänien 1981, Bukarest 1981.-IMF: International Financial Statistics. Washington D.C. Mai 1982.

verpflichtungen gegenüber privaten Banken dagegen unterschiedlich eingehalten; die Informationen über die eigene Wirtschaftslage blieben unzureichend.

Oberstes Ziel der rumänischen Wirtschaftspolitik muß die Wiederherstellung der Zahlungsfähigkeit des Landes sowie des Vertrauens der westlichen Handelspartner in seine Zuverlässigkeit sein. Folgende Maßnahmen wären in diesem Zusammenhang geeignet:

- Offenlegung aller für die Beurteilung des Kreditrisikos relevanten Daten.
- Gemeinsame Verhandlungen mit Repräsentanten aller involvierten Banken, Vertretern der Regierungen und des Internationalen Währungsfonds über die Umschuldung der fälligen Kredite.
- Erwirtschaftung einer ausgeglichenen Leistungsbilanz, so daß die Waren- und die Dienstleistungsimporte – letztere in erster Linie Zinszahlungen – ohne die Aufnahme neuer Kredite finanziert werden können.

Folgt man dem Planerfüllungsbericht, so ist Rumänien dem Ziel der Zahlungsbilanzkonsolidierung im vergangenen Jahr ein Stück näher gekommen. Erstmals seit 1976 wies die Handelsbilanz wieder einen geringen Überschuß aus<sup>17</sup>. In Dollar-Verrechnung soll bei Erlösen in Höhe von 8,3 Mrd. ein Überschuß von 300 Mill. erzielt worden sein. Diesen Angaben zufolge werden rd. 73 vH des rumänischen Außenhandels in US-Dollar abgerechnet. Hierin sind auch die geringen Ölimporte aus der UdSSR (1981: ca. 1,5 Mill. t) enthalten. Offen ist allerdings, welcher Teil des in Dollar verrechneten Handels auf

Clearing-Basis abgewickelt wird. Bei dieser Verrechnungsform sind erzielte Überschüsse nicht frei verfügbar und können damit auch nicht für Zins- und Tilgungsleistungen bei anderen Gläubigern eingesetzt werden.

Erreicht wurde der Handelsbilanzüberschuß durch eine Ausweitung der Exporte um 11 vH. Die Importe wurden dagegen um 7 vH reduziert; die Käufe in konvertibler Währung gingen nominal um 13 vH, real sogar um 19 vH zurück. Entscheidenden Einfluß auf die Importdrosselung um 1 Mrd. US-Dollar hatten die Öleinfuhren, die von 16 Mill. auf 13 Mill. t gekürzt wurden. Dadurch konnten etwa 700 Mill. US-Dollar eingespart werden – allerdings ging auch dies zu Lasten des Exports von Mineralölprodukten.

**Außenhandel Rumäniens mit den OECD-Ländern  
1970 bis 1981**

in Mill. US-Dollar

Jahr	Rumäniens		
	Import	Export	Saldo
1970	706	553	- 152
1971	757	625	- 132
1972	990	793	- 197
1973	1 353	1 102	- 251
1974	2 062	1 609	- 452
1975	2 005	1 666	- 339
1976	2 020	1 975	- 45
1977	2 336	1 912	- 424
1978	3 026	2 341	- 685
1979	3 780	3 264	- 516
1980	3 912	3 456	- 456
1981	2 946	3 504	+ 558

Differenzen im Saldo durch Runden der Zahlen.

Quellen: OECD: Statistics of Foreign Trade. Serie A. Paris. Verschiedene Jahrgänge.-US-Department of Commerce: U.S. Trade Status with Communist Countries. Washington D.C. Februar 1982.

Zur Finanzierung des Defizits in der Dienstleistungsbilanz reichte der Überschuß im Warenverkehr nicht aus. Die Zinsverpflichtungen können auf über 1 Mrd. US-Dollar geschätzt werden. Rumänien wird daher bei dem in Dollar verrechneten Handel seine Exporte auch in den kommenden Jahren stärker ausweiten müssen als die Importe. Um den erforderlichen Handelsbilanzüberschuß von rd. 1 Mrd. US-Dollar zu erreichen, müßte es bei unverändertem

<sup>17</sup> Die Gesamtexporte waren um 2 vH höher als die Gesamteinfuhren. Die absoluten Angaben im Planerfüllungsbericht sind mit denen im Statistischen Jahrbuch und den Angaben, die dem IMF mitgeteilt werden, nicht vergleichbar. Offenbar sind die Kurse für die Umrechnung in Valuta-Lei und Lei verändert worden.

Importwert (1981: 8,0 Mrd. US-Dollar) die Exportwerte in den kommenden zwei Jahren um insgesamt 15 vH steigern. Diese Rate ist zwar nicht ungewöhnlich hoch. Erforderlich wäre dabei aber ein realer Rückgang der Importe, der nicht ohne Rückwirkungen auf die Inlandsproduktion — längerfristig auch auf das Exportpotential — bleiben kann. Hier wird es darauf ankommen, in welchem Tempo die Effizienz der Industrie durch Senkung des spezifischen

Materialverbrauchs und Strukturveränderungen verbessert werden kann.

Alles in allem ist nicht damit zu rechnen, daß es in Rumänien in den nächsten Jahren zu einem spürbaren Wirtschaftsaufschwung kommen wird. Die Zahlungsbilanzkrise könnte indes in den kommenden zwei Jahren überwunden werden. Allerdings setzt dies auch erfolgreiche Umschuldungsverhandlungen voraus.

## Aus den Veröffentlichungen des DIW

### Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktregionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglin. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitscherling. 196 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.
- Nr. 132 **Zum Problem der Substitutionsmöglichkeit von Mineralölprodukten durch andere Energieträger — dargestellt am Beispiel eines Bundeslandes.** Von Urs Dolinski und Klaus-Dieter Labahn. 106 S. 1980. DM 44,60.
- Nr. 133 **Möglichkeiten der künftigen Strombedarfsdeckung in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Eckhard Caser, Jörg-Peter Weiß und Hans-Joachim Ziesing. 131 S. 1980. DM 55,30.
- Nr. 134 **Lohnentwicklung und Lohnpolitik als Bestimmungsgründe konjunktureller Verläufe und struktureller Verschiebungen.** Von Hans-Peter Basler. 102 S. 1981. DM 44,80.

---

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33  
Telefon (0 30) 8 29 11 — Telefax (0 30) 8 29 12 00

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,  
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Jürgen Müller, Dr. Reinhard Pohl,  
Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter, Hans-Joachim Ziesing (kommissarisch)

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

*Bauwirtschaft: Stabilisierung der Nachfrage auf niedrigem Niveau.* Bearbeitet von Jochen A. Hübener. —  
*Zahlungsbilanzkrise und Wachstumsabschwächung.* Bearbeitet von Jochen Bethkenhagen.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 100,—, vierteljährlich DM 30,—, Einzelnummer DM 4,—.

Zuzüglich Versandkosten.